

Bald zwitschert es im «Nest»

Das neuartige Forschungsgebäude in Dübendorf soll Ende 2015 in Betrieb genommen werden

Lange blockierte eine banale Einsprache die Visionäre. Nun geht es vorwärts: Ab sofort wird auf dem Campus der Empa in Dübendorf das «Nest» gebaut – ein Gebäude, das zum Leuchtturm der bundesrätlichen Energiepolitik werden soll.

Andreas Schürer

Es soll ein Vorzeigeprojekt mit nationaler Ausstrahlung werden – vor Einsprachen aus der Nachbarschaft ist es nicht gefeit. Ein Jahr später als geplant haben die Verantwortlichen am Dienstag auf dem Campus der Forschungsanstalt Empa in Dübendorf zum Spaten gegriffen und den Bau des Gebäudes lanciert, das nie fertig werden soll. Als festes Element des viergeschossigen Baus sind einzig drei offene Plattformen, die Trägerstruktur und Medianschächte vorgesehen. In dieses unfertige, fassadenlose Gebäude, wie es der Architekt Fabio Gramazio vom verantwortlichen Zürcher Büro Gramazio & Kohler ausdrückte, sollen ab Ende 2015 bis zu 15 Module eingebaut werden. Diese sind austauschbar und eignen sich deshalb für Experimente. Empa-Direktor Gianluca Bona sagte: «Wir wollen hier Innovationen anstossen, basierend auf wissenschaftlicher Exzellenz und in Kooperation mit Partnern aus der Industrie.» Was er nicht verhehlen konnte, war sein Ärger über die Verzögerung. Die fünfte Landessprache, die Einsprache, sei leider auch bei diesem Projekt hinderlich gewesen, hielt er fest.

Lebendiges Labor

Der Projektname «Nest» steht nicht dafür, dass sich die Bezüger der Module ins gemachte Bett legen können, sondern ambitionierter für «Next Evolution in Sustainable Building Technologies», also für die Entwicklung von nachhaltigen bautechnologischen Innovationen. Wer ein Modul beziehen will, muss ein Forschungskonzept aufweisen und Neuartiges testen: zum Beispiel Bau- oder Dämmstoffe, Wohn- oder Arbeitsformen oder Energiemanagement-Systeme. Der Vorteil des «Nest»-Projekts ist laut Janet Hering, Direkto-



Das offene Stahlbetonskelett ist fix, Räume und Fassaden im «Nest» sollen dagegen austauschbar sein.

VISUALISIERUNG PD

rin des beteiligten Wasserforschungsinstituts Eawag, dass die industriellen Entwickler ihr Produkt im Zusammenspiel mit der Forschung und in einem lebendigen Labor auf seine Praxistauglichkeit prüfen könnten. Was funktioniert, könne auf den Markt gebracht, anderes ad acta gelegt werden.

Lebensnah sind die Testmöglichkeiten auf den rund 2500 Quadratmetern Nutzungsfläche tatsächlich: In den bewohnten Einheiten im «Nest»-Bau sollen unter anderem Gastwissenschaftler der Empa untergebracht werden. Auf die Frage eines Anwesenden, ob Wissenschaftler nicht anders tickten als die Durchschnittsbevölkerung und somit Experimente verfälscht werden könnten, entgegnete Empa-Direktor Bona: «Meine Frau sagt mir zwar manchmal auch, ich sei ein typischer Physiker. Aber grundsätzlich sind Wissenschaftler normale Menschen.»

Die Führung des Projekts liegt bei der Empa und der Eawag, unterstützt wird es auch von der ETH insgesamt, der Hochschule Luzern, der Ernst-Göhner-Stiftung sowie von privaten Unternehmen. Bund, Kanton und die Stadt Dübendorf steuern insgesamt rund 17 Millionen Franken bei.

Werben für die Energiewende

Einen grossen Effekt vom Forschungshaus verspricht sich das Bundesamt für Energie (BfE). Dessen Direktor Walter Steinmann betonte die Wichtigkeit von Leuchtturm-Projekten: «Wir müssen den Leuten zeigen, dass die Energiewende umsetzbar ist.» Der Gebäudesektor sei für die bundesrätliche Energiestrategie 2050 zentral, da er rund die Hälfte des Verbrauchs verursache. Um die Energieeffizienz zu verbessern, seien Innovationsplattformen wie im

«Nest» unerlässlich. Nicht verkneifen konnte sich Steinmann einen Seitenhieb gegen «Marketingleute und andere Gläubige», die hohe energetische Standards mit Labels auswiesen. Überzeugende Projekte wie das «Nest» brauchen keine Labels. «Bei einer Strassenlampe muss man auch nicht ansprechen, dass es eine Strassenlampe ist.»

Der Dübendorfer Stadtpräsident und BDP-Nationalrat Lothar Ziörjen sieht dies anders: Das «Nest»-Projekt passe gut in das mit dem Label Energiestadt ausgezeichnete Dübendorf. Einen Blick nach vorne warf der Zürcher Baudirektor Markus Kägi. Innovation habe im Kanton Zürich eine lange Tradition. Dübendorf nehme dabei einen immer wichtigeren Platz ein. Er hoffe jedenfalls, dass er bald wieder für einen Spatenstich ins Glatttal reisen könne – zum Baubeginn des lange ersehnten Innovationsparks.

Schulleitungen werden besser dotiert

12 Millionen Franken Mehrkosten

wbt. · Der Regierungsrat hat vor den Sommerferien die Schulleitungen mit mehr zeitlichen Ressourcen ausgestattet. Durchschnittlich erhöht sich die Dotation der Schulen für Schulleiterstellen um rund 20 Prozent, mit Unterschieden je nach Zahl der an einer Schule unterrichtenden Lehrer, wie dem Regierungsratsbeschluss entnommen werden kann. Diese Erhöhung ist mit Mehrkosten von 12 Millionen Franken verbunden, von denen 2,4 der Kanton zu tragen hat. Die entsprechende Änderung der Lehrpersonalverordnung tritt auf Beginn des Schuljahres 2015 in Kraft.

Begründet wird sie mit dem ab August 2016 geltenden neuen Berufsauftrag der Lehrpersonen, mit dem Mehrarbeit auf die Schulleitungen zukommt. So fällt die Zuteilung, Organisation und Quantifizierung der nicht unmittelbar mit dem Unterrichten verbundenen Aufgaben in ihren Zuständigkeitsbereich. Die heute zur Verfügung stehenden Mittel reichten dazu nicht aus. Diese seien auch im interkantonalen Vergleich knapp bemessen, hält die Regierung fest. Die grossen Verbände im Schulbereich hatten eine Erhöhung um durchschnittlich zwei Drittel gefordert. Trotzdem hat der Zürcher Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter (VSLZH) den Regierungsbeschluss mit dem Wiederbeginn der Schule mit «Freude und Genugtuung» zur Kenntnis genommen.

Aus für Unterführung in Usters Zentrum

Stadtrat ficht die von der Regierung unterbundene Umsetzung des Volksentscheids nicht an

Das Ustermer Volks-Ja zu einer Unterführung der Bahnlinie im Zentrum endet definitiv als politischer Scherbenhaufen. Schuld daran sind für den Stadtrat die Initianten. Die Exekutive verzichtet auf den Griff nach dem letzten juristischen Strohalm.

wbt. · Als individuell motorisierter Zeitgenosse die Stadt Uster von Norden nach Süden oder umgekehrt zu queren, braucht Nerven. Weil die Zahl derer, die mit dieser Absicht unterwegs sind, gross ist, jene der Minuten pro Stunde mit offener Bahnschranke auf den Durchgangsstrassen beidseits des Bahnhofs aber gering, besteht ein seit Jahren ungelöstes Problem. Kanton und Stadtrat sehen die Lösung in einer Überführung «Uster West» mit einem neuen Nordast, der den Verkehr Richtung Autobahn führen würde. Die Ustermer Stimmberechtigten haben aber gegen den Widerstand des Stadtrates und aller Parteien ausser der SVP einer andern Lösung den Vorzug gegeben. Sie haben im November 2012 einer Initiative zugestimmt, die den Bau einer Unterführung Winterthurerstrasse innert zweier Jahre verlangt. Vergeblich hatte der Stadtrat gemahnt, der so ins Zentrum geführte Verkehr verträge sich nicht mit der Zentrumsplanung für das Zeughausareal und die inzwischen auf rund 26 Millio-

nen Franken geschätzten Kosten müsse die Stadt bezahlen, während für «Uster West» der Kanton aufkomme.

Der Regierungsrat vereitelte aber im Juli alle weiteren Planungsarbeiten. Um die Unterführung bauen zu können, hätte dieser Uster die Kompetenz dazu übertragen müssen, da es sich um eine Kantonsstrasse handelt. Dies verweigerte er mit der Begründung, das Vorhaben stehe in Konkurrenz zum bewilligten Projekt «Uster West», das die Winterthurerstrasse entlasten werde. Alternativlösungen gibt es kaum. Die einzige bestehende Unterführung an der Dammstrasse ist zu niedrig für

grosse Fahrzeuge. Die Wermatswilerstrasse, für die zurzeit die Machbarkeit einer Unterführung geprüft wird, liegt nicht gerade optimal.

Den Regierungsentcheid wird der Ustermer Stadtrat nicht wie vom Initiativkomitee verlangt vor Verwaltungsgericht anfechten. Das hat er am Dienstag beschlossen und unmittelbar danach den Medien erläutert. Der Stadtrat sei zwar beschwerdeberechtigt, nicht aber zu einer Beschwerde verpflichtet, sagte Stadtpräsident Werner Egli (svp.). Er verzichte – ganz gerne, ist zu vermuten – auf den Weiterzug, weil die Erfolgsaussichten nach Einschätzung einer beigezogenen Anwaltskanzlei gering seien.

Damit ist die Unterführung mindestens so lange vom Tisch, bis «Uster West» steht und die Winterthurerstrasse zur Gemeindestrasse abklassiert ist. Das wird dauern: «Uster West» und eine Änderung der Schutzverordnung für die benachbarten Moorgebiete dürften bis vor Bundesgericht bekämpft werden.

Scharf fiel die von Stadtrat Thomas Kübler (fdp.) vertretene politische Beurteilung der Lage aus. Eine Mehrheit der Ustermer Stimmbürger fühle sich jetzt vor den Kopf gestossen. Eine halbe Million Franken seien für die Planung in den Sand gesetzt. Verantwortlich dafür sei nicht der Regierungsrat, wie die Initianten behaupteten, sondern das Initiativkomitee, das den Stimmbürgern bezüglich Rahmenbedingungen und Kosten Sand in die Augen gestreut habe.



1 Kilometer NZZ-INFOGRAFIK/saf

Wer wohnt wie?

Studie zu Genossenschaften

tox. · Die Abstimmung vom 28. September über Zonen für preisgünstiges Wohnen wird im Communiqué der Stadt Zürich mit keinem Wort erwähnt. Aber es dürfte kein Zufall sein, dass der Stadtrat mitten im Abstimmungskampf eine Studie publiziert, die belegt, dass Personen mit tieferen und mittleren Einkommen überdurchschnittlich oft in Genossenschaften leben. Die Stadt Zürich hat sich bekanntlich das Ziel gesetzt, den Anteil sogenannt gemeinnütziger Wohnungen auf einen Drittel zu erhöhen. Die neuen Zonen, über die am 28. September abgestimmt wird, kämen dazu wie gerufen.

Reaktion auf Kritik

Die Studie der Stadtentwicklung Zürich basiert auf der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung von 2012. Laut dieser am besten vertreten in den Genossenschaftswohnungen ist jener Fünftel der Bevölkerung mit den zweitniedrigsten Einkommen. Der oberste Fünftel mit Bruttoeinkommen über 93 333 Franken ist zwar ebenfalls in den Genossenschaften vertreten. Hier ist der Anteil von Personen, die auf dem privaten Wohnungsmarkt fündig geworden sind, aber naturgemäss deutlich höher.

Die neue Studie ist freilich nicht die erste zu diesem Thema. Frühere kamen teilweise zu anderen Schlüssen, vor allem in Bezug auf die untersten Einkommen. Darauf nimmt die Stadtentwicklung explizit Bezug, wenn sie schreibt: «Entgegen anderslautenden Behauptungen leben also insgesamt durchaus diejenigen Einwohnerinnen und Einwohner in gemeinnützigen Wohnungen, die auch darauf angewiesen sind.»

Selbstkosten als Rezept

Gesamthaft gebe es in der Stadt Zürich genügend Wohnungen für tiefere und mittlere Einkommen, schreibt die Stadtentwicklung. Bei den tiefsten ortet sie aber einen Mangel. Es brauche noch mehr Wohnungen, die zu Selbstkosten vermietet würden, folgert sie aus der Studie. Die Stadt solle einerseits neue städtische Siedlungen erstellen, aber auch die Wohnbaugenossenschaften in ihren Vorhaben unterstützen. Dabei müsse auf einen angemessenen Anteil subventionierter Wohnungen für tiefe Einkommen geachtet werden.

Zürcher zahlen zu viel

Kritik an Prämienhöhung

cn. · Die Zürcher Gesundheitsdirektion hat am Dienstag erneut Kritik an der Höhe der Krankenkassenprämien geübt. Bereits letztes Jahr hat Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger gerügt, dass die Kostenentwicklung im Kanton Zürich zwar unterdurchschnittlich verläuft, die Versicherten aber dennoch Prämienaufschläge zu erwarten haben. Die ihm vorliegenden provisorischen Prämienhöhen für 2015 hält der Gesundheitsdirektor deshalb für «ungerechtfertigt und nicht plausibel», wie er am Dienstag mitteilte.

Wie der Kanton in seinem Communiqué festhielt, zeigen die neusten Zahlen für die letzten Monate sogar rückläufige Ausgaben der Krankenversicherer im Kanton Zürich. Dennoch zeigen die der Direktion zugestellten provisorischen Unterlagen zu den Prämien 2015 eine Tendenz zu Prämienhöhen auf. Viele Versicherer beantragten dem Bundesamt für Gesundheit erneut überdurchschnittliche Prämiensteigerungen für Zürcherinnen und Zürcher. Damit wollen sie sich nach Ansicht der Gesundheitsdirektion erneut zusätzliche Reserven sichern.

Die Gesundheitsdirektion hat nun beim Bund interveniert. Sie erwarte sowohl vom Bundesamt für Gesundheit wie von den betroffenen Krankenversicherern, dass die ungerechtfertigten Prämienhöhen auf ein korrektes Mass korrigiert würden.